

**Abg. Hacker (SPD):**

Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Mit Befriedigung stellt die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei den breiten Gleichklang im Wortlaut der Koalitionsvereinbarung und in der Regierungserklärung vom gestrigen Tage auf den Gebieten der Innen- und Rechtspolitik fest, dies um so mehr, als darin sozialdemokratische Programmatik deutlich zu erkennen ist.

Es ist ein Gebot der geschichtlichen Verantwortung, vor der die erste demokratisch gebildete Regierung in der DDR steht, wenn in der Regierungserklärung die Rechtsstaatlichkeit zur Regierungspolitik erhoben wird. Wir begrüßen das in der Regierungserklärung abgegebene Bekenntnis zur Rehabilitierung politisch Verfolgter des SED-Regimes und die vorgesehenen Maßnahmen zur Demokratisierung des Justizwesens.

(Vereinzelter Beifall)

Mit dem eindeutigen Bekenntnis zum Verzicht auf eine Geheimpolizei, wie immer sie heißen mag, stellt sich die Regierung der hunderttausendfachen Forderung des Herbstes des vorigen Jahres nach Rechtssicherheit statt Staatssicherheit. Die Regierung wird jedoch in Zukunft nicht an den verbalen Erklärungen, sondern am konkreten Handeln zu messen sein. Ein erster Prüfstein auf innenpolitischem Gebiet scheint die Frage der Einbeziehung der Bürgerkomitees zur Auflösung des MfS bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit zu werden.

(Schwacher Beifall bei der SPD)

Diese Komitees haben in den zurückliegenden Wochen und Monaten eine unermessliche Arbeit geleistet, einzelne Mitglieder sind bedroht und angefeindet worden. Die Bürgerkomitees haben jedoch auch durch intensive Arbeit in einem morastigen Bereich einen Erfahrungsschatz gesammelt, der im Interesse der von den Bürgern geforderten zügigen Auflösung dieser Dienststelle benutzt werden muß und nicht verloren gehen darf. Wir fordern daher vom Minister für Innere Angelegenheiten, Herrn Dr. Diestel, der Grundforderung nach Dezentralisierung der Macht und bürgernaher Politik gerecht zu werden und bei den weiteren Entscheidungen dies zu beachten.

Insofern begrüßen wir die Erklärung in der BZ vom heutigen Tage, in der ein Dementi enthalten ist, das darauf eingeht, daß die gestrige Mitteilung, wonach die Rechte der Bürgerkomitees degradiert werden sollen und die Bürgerkomitees und ihre Tätigkeit in Frage gestellt werden sollen, nicht mehr aufrechterhalten wird.

Die Mitglieder der Bürgerkomitees waren es doch, die im Herbst 1989 gemeinsam mit Ihnen, Herr Minister, auf der Straße waren und die Forderung nach der Auflösung der Stasi stellten. Die Bewältigung der SED-Vergangenheit, zu der in besonderem Maße die Strukturaufklärung und Auflösung des MfS bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit gehören, erfordern gerade jetzt die Nutzung des Sachverständes der Mitglieder der Bürgerkomitees. Die Fragen der Abarbeitung dieses Teils der Vergangenheit gehören auf den Tisch der Öffentlichkeit und nicht unter den Teppich - der hat bereits Falten genug.

(Vereinzelt Beifall bei der Fraktion der SPD)

Auch in Zukunft wird die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei dieser Altlast der DDR-Geschichte ein waches Augenmerk schenken. Ein Sportler würde sagen, das bleibt für uns ein Schwergewichtsproblem, und wir warnen davor, sich daran zu verheben.

In der Regierungserklärung fehlte ein klares Wort zu den Rechtsgeschäften über staatliche Grundstücke, die insbesondere nach dem 7. Oktober abgewickelt wurden. Auch wenn hierzu bzw. gerade weil seitens der Übergangsregierung Modrow Regelungen erlassen wurden, ist dieses Kapitel für die Fraktion der SPD nicht erledigt. Die Bürgerinnen und Bürger haben den Kampf gegen die Diktatur gewonnen. Jetzt müssen wir die Demokratie sichern und für die Menschen erlebbar werden lassen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Rechtsstaatlichkeit, auf

die in der Regierungserklärung Bezug genommen wird, bedeutet Anerkennung und Durchsetzung der geltenden Gesetze, sowohl die derzeitige Verfassung mit all ihren Lasten aus der Vergangenheit, aber genauso auch die Respektierung des Arbeitsrechts in der DDR, das uneingeschränkt gilt. Die Sozialdemokratische Fraktion fordert die Regierung auf, Rechtsbeugungen durch staatliche Leiter, die vor Monaten Sachwalter der Staatspartei waren, einen Riegel vorzuschieben.

(Beifall)

Hier wollen sich sozialistische Funktionärskader zu neuen Managern mausern. Ich bedanke mich.

(Lebhafter Beifall)

**Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:**

Als nächster spricht für die Fraktion der DSU der Abgeordnete Nowack!

**Abg. Nowack (DSU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Über Marktwirtschaft ist natürlich heute viel geredet worden, aber wenn man hört, was die Vorredner - insbesondere der PDS - hier gesagt haben, dann haben wir nur jetzt den Eindruck, daß ein großes Verhängnis über unser Volk hereinbricht mit der Einführung der sozialen Marktwirtschaft.

Und dann ist vom neuen Geist die Rede gewesen, dem neuen Geist, den ich leider nach wie vor vermissen, denn im Zusammenhang mit dem Neuen, mit der sozialen Marktwirtschaft verteilen sie bereits - obwohl die Marktwirtschaft noch nicht eingeführt ist, obwohl sie noch nicht funktioniert - schon lustig Leistungen, die noch gar nicht erbracht worden sind.

(Beifall)

Das ist etwas, was sie schon früher auch gemacht haben!

(Lebhafter Beifall)

Das ist der alte Stil, es muß erst was erarbeitet werden, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es muß, damit die soziale Marktwirtschaft sozial sein kann, diese erst einmal funktionieren! Das wissen Sie, das wissen Sie genauso gut wie alle anderen, bloß: Sie sagen es nicht, Sie wollen es verhindern.

(Beifall vor allem bei den Fraktionen der CDU/DA und DSU)

Und die Probleme, die die PDS mit der DSU hat, hat die Df \_\_\_\_\_ vielleicht mit der PDS,

(Heiterkeit)

und die resultieren wohl daraus, daß Sie mit Ihrer eigenen Metamorphose große Schwierigkeiten haben.

(Heiterkeit, Beifall)

Der Abgeordnete Gysi sprach heute darüber, daß er wohl Verständnis dafür habe, daß die SPD mit der DSU nicht so wollte. Herr Gysi, Sie haben gegenüber Fraktionsfreunden der DSU geäußert, daß Sie sich eine Zusammenarbeit mit der DSU durchaus vorstellen können und die einer Zusammenarbeit mit der SPD vorziehen würden.

(Heiterkeit)

Das ist ein recht sonderbarer Vorgang.

Und dann etwas zu den christlichen und sozialistischen Idealen: Wissen Sie, es ist so eigenartig wie in der Vergangenheit. Sie haben doch von sozialistischer Moral gesprochen! Kein Mensch in unserem Lande wußte eigentlich, was das ist.

(Heiterkeit und Beifall, vor allem bei der DSU)